

nungseigentums nicht mehr durch Steuererleichterungen, sondern durch zinslose Darlehen mit erst allmählich steigenden Rückzahlungspflichten.

Trotz mancher Absichtserklärung in den Koalitionsvereinbarungen der neuen konservativ-liberalen Bundesregierung gab man sich in Berlin, was die Chancen ihrer Realisierung angeht, abwartend-zurückhaltend. Andererseits war man auch

so realistisch zu wissen, daß familienpolitische Forderungen dieser Art beim Wähler nicht ohne weiteres „populär“ sind – es sei denn, er ist unmittelbar Betroffener. Hier sind Auseinandersetzungen um Verteilungsleistungen vorprogrammiert, die so gar nicht zum Image von Ehe und Familie passen wollen, wie es in mancher Sonntagsrede auch zum „Internationalen Jahr der Familie“ zum Ausdruck kam. *Klaus Nientiedt*

„Als Gleichberechtigte mitwirken“

Fragen zur politischen Kultur im vereinten Deutschland an Wolfgang Thierse

Auch im Jahre 5 nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland kann man von einer gesamtdeutschen politischen Kultur noch längst nicht sprechen. Zu unterschiedlich sind die Prägungen in Ost und West, zu unterschiedlich die Erwartungen und Ängste. Wir sprachen hierüber mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse MdB. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Thierse, was erstaunt Sie fünf Jahre nach der Öffnung der Mauer und am Ende des „Superwahljahres“ 1994 mehr – wie sehr sich die Bürger in den neuen Bundesländern dem Wahlverhalten in Westdeutschland angenähert haben oder wie verschieden es weiterhin ist?

Thierse: Das ist schwer zu sagen. Gelegentlich staune ich, wie ähnlich sich die beiden Teile der deutschen Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten schon geworden sind. Zugleich aber gibt es nach wie vor eine Art Spaltung der politischen Kultur in Deutschland.

HK: Woran machen Sie diese Spaltung fest?

Thierse: Da sind die unterschiedliche Höhe der Wahlbeteiligung zu nennen, als deutlichster Unterschied der relative Erfolg der PDS in Ostdeutschland und ihr Mißerfolg im Westen, aber auch die geringe Parteibindung der ostdeutschen Wähler – die Westdeutschen haben eine 40jährige Parteigeschichte hinter sich –, die größere Unsicherheit der ostdeutschen Wähler – sie wissen nicht, wie sie sich politisch festlegen sollen –, ihre geringere Fähigkeit, parteipolitische Bindungen einzugehen, und mit Sicherheit auch – ich will mich vorsichtig ausdrücken – ihre Demokratiefremdheit.

Überzeugungen und Meinungen einzutreten und gleichzeitig zum Kompromiß fähig zu sein. Hinzu kommt eine zu geringe Konfliktfähigkeit vieler Ostdeutscher, natürlich nicht aller.

HK: Worin liegt die geringere Fähigkeit zum Kompromiß begründet? Ist es das utopisch-ideologische Politikverständnis des Marxismus, von dem man sich zwar möglicherweise innerlich distanzierte, es aber doch mehr verinnerlichte, als man wahrhaben will?

Thierse: Ich sehe verschiedene Ursachen. Eine der schlimmsten Wirkungen des politischen Systems der DDR war die Entpolitisierung des größeren Teils der Bevölkerung. Der Ausdruck von *Günter Gaus* von der „Nischengesellschaft“ traf die Lage sehr genau. Gegen die Hypertrophie des Politischen, die für das SED-Regime typisch war, wehrten sich die Menschen dadurch, daß sie sich ins Private zurückzogen. Man lieferte das politische Bekenntnis ab, ging zu Versammlungen, hob an den „richtigen“ Stellen die Hand und ansonsten sorgte man sich um den privaten Vorteil und pflegte in der privaten Nische eine Alltagskultur von Solidarität, Freundlichkeit, Vertrauen und Wohlergehen. Ganz besonders erreichte diese Entpolitisierung jene Schicht, die man im traditionellen Sinn Arbeiter- und Angestelltenschaft nennt. Daher war es auch eine geradezu lächerliche Illusion zu glauben, die DDR sei wieder ein sozialdemokratisches Land.

HK: Aber hätte man um die hohe Bedeutung der Kompromiß- und Konfliktfähigkeit in einer demokratischen Kultur nicht wissen können? Es war ja nicht so, als wäre die DDR 1990 einem ihren Bewohnern gänzlich unbekanntem Land beigetreten...

Thierse: Die westdeutsche Gesellschaft und politische Kul-

„Eine der schlimmsten Wirkungen der DDR war die Entpolitisierung“

HK: Ein hartes Wort.

Thierse: Es gibt sie wirklich. Sie ist im übrigen verständlich aus der 60jährigen Vorgeschichte zweier unterschiedlicher totalitärer Regime. Vielen Menschen fehlt die Fähigkeit, mit Leidenschaft und Engagement für die eigenen Interessen,

tur wurde im wesentlichen über das Fernsehen wahrgenommen. Durch die Medien vermittelt, stellten sich bei den Ostdeutschen Erwartungen ein, die die Kehrseite all dessen, nämlich Alltag, Mühsal, Härte von Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Kultur ausblendeten. Die mangelnde Praxiserfahrung ließ ein gefiltertes, idealisiertes Bild von der westdeutschen Gesellschaft, ihrer politischen Kultur und der Demokratie entstehen.

HK: Und diese Erwartungen erhöhten sich nach dem Fall der Mauer noch weiter...

Thierse: Die gigantischen Erwartungen 1989/90 kamen noch hinzu. Sie wurden im übrigen ja auch von *Helmut Kohl* und der Union systematisch geschürt, um Wahlen zu gewinnen: Es wird nicht schlimm sein; es wird schnell gehen. Die Vorgeschichte einer autoritär geprägten Bevölkerung führte zu einem Klima ungeduldiger Erwartungen an die Politik und die Politiker; entsprechend groß ist nun die Enttäuschung. An die Politiker richten sich riesige Erwartungen, und zugleich verachtet man die Politiker, weil sie diese Erwartungen nicht in der gewünschten Schnelligkeit erfüllen können. Die Enttäuschung hinsichtlich des Ablaufs des Einigungsprozesses, der Langsamkeit der Entwicklung, auch der schmerzlichen Seiten dieses Prozesses wie Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, Zunahme sozialer Unsicherheit haben ein – wenn ich es freundlich ausdrücke – ernüchterndes Klima gegenüber der Demokratie nach sich gezogen, und nur beim geringeren Teil der Bevölkerung führte dieses Gefühl zur Bereitschaft, sich auf die Alltäglichkeit, die Mühseligkeiten der Demokratie einzulassen und sich darin zu engagieren, Verhältnisse zu verbessern, Interessen durchzusetzen, eigenen Überzeugungen zu folgen und dabei bereit zu sein zum demokratischen Kompromiß.

HK: Was ist nun aber in der Zwischenzeit geschehen? Nimmt man die Wahlbeteiligung zum Maßstab, sieht es so aus, als habe sich die Problemlage eher noch verstärkt. Gilt das allgemein?

Thierse: In gewisser Weise ja. Was 1990 in Umrissen sichtbar wurde, verfestigte sich, und zwar auf unterschiedliche Weise. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl war niedriger als 1990, aber sie war höher als bei den Landtagswahlen etwa in Brandenburg und Sachsen und bei den Europawahlen...

HK: Ein Verhalten, das dem der westdeutschen Wähler sehr ähnelt...

Thierse: Neu gegenüber der Situation von 1990 war jedoch, daß die Enttäuschung zunehmend zur PDS getragen wurde. Neu ist auch, daß ein Teil der Ostdeutschen in einer eigentümlichen Mischung aus Nostalgie, Trotz und sogar Selbstbewußtsein auf die eigene Vergangenheit zu blicken begann. Die PDS ist eben auch eine Partei der wütenden und beschönigenden Vergangenheitsfixierung. Sie ist auch eine Partei, die Selbstgefühl, Entwertungsängste und Ent-

wertungserfahrungen eines Teils der ostdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringt, insofern eine Partei des DDR-Milieus, das nicht so schnell vergangen ist. Milieus entstehen, verändern sich und verschwinden langsam. Die PDS ruht auf diesem Milieu, selbst wenn sie darin nicht aufgeht. Der relative Erfolg der PDS ist das wichtigste Symptom einer Stimmungslage, obwohl man angesichts der hysterischen Debatte, die im Westen über die PDS stattfindet, nicht vergessen sollte: Sie hat im Durchschnitt nur 20 Prozent bekommen, vier Fünftel der ostdeutschen Wähler haben die PDS nicht gewählt.

„Für eine demokratische Kultur wesentliche Fähigkeiten wurden nie erlernt“

HK: Könnte ein Teil der von Ihnen beklagten Demokratiefremdheit der Bürger in den neuen Bundesländern nicht doch auch in der ideologischen Prägung der Menschen zu suchen sein, der sich der einzelne – selbst wenn er es subjektiv wollte – kaum wirklich entziehen konnte?

Thierse: Die DDR war erstens – ein Wort von *Rolf Henrich* – ein „vormundschaftlicher Staat“. Es wurden systematisch autoritäre Verhaltensweisen befördert und geprägt: Unterordnung, Abhängigkeit von Weisungen, die Erfahrung, daß Eigeninitiative nicht belohnt wird, sondern eher gefährlich ist. Wesentliche, für eine demokratische politische Kultur unverzichtbare Fähigkeiten, wurden auf diese Weise nie erlernt. Zweitens wäre die *Ohnmachtserfahrung* zu nennen: Wenig konnte man selber tun, nicht politisch selbstbestimmt handeln, alles konnte nur unter der Führung der Partei – und das hieß letztlich immer unter Führung des Politbüros und einer herrschenden Kaste – stattfinden. Bei den Gewerkschaften, im Nahbereich konnte man einiges regeln. Aber wenn es um grundsätzlichere politische Dinge ging, wurde die Erfahrung der Ohnmacht nicht widerlegt. Und nach einer kurzen Phase des Aufbruchs, der Euphorie im Herbst '89 und in der ersten Hälfte 1990 wurde sie auch durch den weiteren Gang der Entwicklung in Ostdeutschland nicht widerlegt. Dazu kommt drittens, was Sie „ideologische Prägung“ nennen. Die DDR war ein überideologisiertes Staatswesen. Zu dieser Überideologisierung gehörte die Pflege von Feindbildern, ein im Grunde manichäisches Weltbild, schwarz – weiß, gut oder schlecht, zusammengefaßt in einem der zentralen Ideologeme, in dem des Klassenkampfes. Was dem Gegner nutzt, ist schlecht.

HK: Mit anderen Worten: Das Weltbild des Marxismus war letztlich erfolgreicher als es das Schicksal der DDR und dessen, was man real existierenden Sozialismus nannte, erwarten lassen?

Thierse: Es war erfolgreicher, und zwar vor allem auch deshalb, weil dieses Weltbild in seiner Grundstruktur einem fundamentalen menschlichen Bedürfnis entspricht, nämlich dem Bedürfnis nach Komplexitätsreduktion, dem Bedürfnis

nach Vereinfachung von Ursache – Wirkung – Zusammenhängen, nach Übersicht. Auch heute gehört es zu den Aufgaben einer politischen Kultur, daß Politiker verantwortbare Vereinfachungen vorschlagen, in unübersichtlicher Situation, diffus Gelände. So differenziert man über eine Sache sprechen muß, so sehr benötigt man auch verantwortbare Vereinfachungen und klare Problemlösungen. Diesem Bedürfnis kann eine Demokratie mit der Komplexität ihrer Interessen und dem Meinungsirrwarr, der in ihr eine Rolle spielt, nie vollständig gerecht werden. Auch darin bedient die PDS noch ein menschliches Bedürfnis, das geschichtlich-ideologische Prägung in der DDR bekommen hat und natürlich auch nicht so schnell überwunden werden kann. Dem entspricht übrigens das vielfältige Bedürfnis bei vielen Ostdeutschen nach Harmonie: Warum streiten die da? Warum reden die immerfort? Warum handeln die nicht? Warum lösen die nicht das Problem? Darin steckt eine verständliche Ungeduld, aber auch immer die Überzeugung, man könne durch entschlossenes politisches Handeln „der da oben“ ein Problem schnell lösen.

„Ich bin skeptisch, ob es gelingt, einen eigenständigen Ansatz durchzuhalten“

HK: Warum sollte sich aus dem, was Sie „Demokratiefremdheit“ nennen, nicht auch die Chance ergeben, die demokratische Ordnung unverkrampfter, unmittelbarer wahrzunehmen und insofern für ganz Deutschland hilfreich sein?

Thierse: Die politische Sprache der Ostdeutschen und die Art, wie sie Politik verstehen, ist gewiß konkreter, aber in bestimmter Weise auch ungeduldiger. Die Ostdeutschen sind, wenn sie politisch denken und handeln, pragmatischer, weniger durch ideologisch-parteiliche Fronten geprägt. Daß in einer Demokratie die Sache selber immer nur im Streite entschieden werden kann, weil niemand die Sache selbst vollständig im Griff hat und keiner im Besitz der Wahrheit ist bzw. den Anspruch erheben darf, dies zu sein, das muß man allerdings erst erlernen. Es tut weh, wenn plötzlich parteipolitische Differenzierungen, auch parteipolitisches Gegeneinander stattfindet. Daß man das kritisiert, daß man fragt: Worüber streiten die eigentlich?, das finde ich in der Tat nicht unsympathisch, weil in dieser Kritik ja auch etwas von der Märchenfigur steckt, des „Der Kaiser ist ja nackt“. Da gäbe es manches aufzuspießen: die Verselbständigung der politischen Sprache zu einem Jargon, der den Menschen mit ihren konkreten Problemen und ihrer Welt-sicht fremd ist; Rituale der Parteipolitik, wie sie in Parteidemokratien entstanden sind.

HK: Werden solche Eigenheiten in der Wahrnehmung des Politischen wie etwa engere Beziehungen über Parteigrenzen hinweg bleiben oder werden sie sich nach dem westdeutschen Muster abschleifen?

Thierse: Letzteres nehme ich an. Meine Erfahrung in den

letzten vier Jahren sagt mir, daß die parteipolitischen Grenzen sich durchsetzen werden. Ich habe in dieser Hinsicht gut reden, in der Opposition ist man immer freier, Parteigrenzen überschreitend zu reden und zu handeln, während Regierungsparteien ganz anders disziplinieren und deren Abgeordnete sich unterordnen müssen. Auch schon deshalb gab es ganz wenige parteiübergreifende Aktivitäten im Bundestag. Etwas anders sieht es auf der Ebene der Länder und der Kommunen aus. Aber das gilt im Grunde ja auch für den Westen Deutschlands. Auf der kommunalpolitischen Ebene gibt es eine vielgrößere Nähe zwischen den handelnden Personen. Da geht es um konkrete Probleme, bei denen die ideologischen Grenzen verschwimmen. Je höher man in der Hierarchie der politischen Demokratie steigt, desto mehr geht es um grundsätzliche Fragen, um so sichtbarer werden auch parteipolitische Grenzen, die durchgehalten werden.

HK: Die Alternative zu überzogenen parteipolitischen Grenzziehungen wäre nicht ihr Verschwinden...

Thierse: Im Gegenteil. Kurioserweise gibt es ein Bedürfnis nach solchen Grenzen. Die Bevölkerung wünscht sich beides zugleich, manchmal sogar ein und dieselbe Person: Harmonie und Übereinstimmung und zugleich auch mehr Opposition und mehr deutliche Unterscheidbarkeit der Parteien. Das bemerke ich auch bei vielen Ostdeutschen. Alles in allem bin ich eher skeptisch, ob es den Ostdeutschen gelingt, einen eigenständigen Ansatz, eine andere Art politischer Kultur durchzuhalten. Denn was in der Euphorie des Aufbruchs da gewesen ist, hält sich nicht im Alltag der Demokratie.

HK: Ein Begriff, der aus der DDR des Übergangs in die politische Sprache Gesamtdeutschlands Eingang gefunden und Karriere gemacht hat, gerade auch in Ihrem parteipolitischen Lager, ist der „runde Tisch“. Wird hier nicht allzusehr der Kontext ausgeblendet, in dem diese Institution ihre Bedeutung besaß?

Thierse: Der „runde Tisch“ ist zum romantischen Mythos geworden, von manchen instrumentalisiert gegen die Mühsal der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie, was ich fatal finde. Denn der „runde Tisch“, so sehr er eines der wichtigsten Instrumente des demokratischen Aufbruchs war, kann zu etwas Reaktionärem und Gefährlichem werden, wenn man ihn gegen die Regularien der parlamentarischen Demokratie richtet, die ja solche der Legitimation und auch der Konfliktregelung sind.

HK: Eben ein Übergangsphänomen...

Thierse: Ein Übergangsphänomen, auf das man sich in besonders zugespitzten Situationen berufen kann. Im Übergang geschieht die Legitimation nicht durch Verfahren, sondern durch Stimmung, radikale Kritik, durch das Moment des Aufbruchs selbst, des Infragestellens einer überholten Macht. In der Normalität der Demokratie muß es demgegenüber klare Verfahren der Legitimation geben. Das Wichtigste sind Wahlen. Die Vertreter des „runden Tisches“ wur-

den durch niemanden gewählt, sondern kamen durch ihr Engagement in verschiedenen Gruppen dorthin.

HK: Ein Charakterzug der politischen Lage in den neuen Bundesländern wird gerne mit dem Stichwort der „Personalisierung“ beschrieben und vor allem an Politikern wie Stolpe und Biedenkopf festgemacht. Was unterscheidet Ostdeutschland in dieser Hinsicht von Westdeutschland?

Thierse: Personalisierung ist unter den Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts wesentlich medial erzeugt. Wir leben in einer hochdifferenzierten Gesellschaft, in der durch die massenmedialen Vermittlungsinstanzen Personalisierungsbedürfnisse verstärkt und befriedigt werden. Und das gilt auch für Ostdeutschland. Darin ist Ost- von Westdeutschland nicht unterschieden. In einem anderen Sinne gibt es aber ein größeres Personalisierungsbedürfnis in Ostdeutschland, das mit dem Phänomen der Überforderung zu tun hat. Man muß sich die Radikalität des Umbruchs vergegenwärtigen, dem die Ostdeutschen unterworfen sind. Alles ist neu. Überall muß man sich umstellen, im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Leben, aber auch im intimen Bereich der eigenen Überzeugungen und Verhaltensweisen, bis hin zum Alltagsleben. Daraus entsteht ein Grundbedürfnis nach Sicherheit und Vertrauen. Gerade wenn soziale und ideologisch-moralische Sicherheit in die Krise gerät, gibt es ein um so größeres Bedürfnis nach Sicherheit, das sich irgendwo festzumachen sucht. Und da man auf die komplizierten Strukturen und Verfahrensweisen der Demokratie noch nicht vertrauen kann, weil sie einem immer noch fremd sind, bietet sich als Ersatz eine überzeugende Person an, die ausstrahlt, daß sie das schaffen kann, daß sie zu den Leuten wie ein Landesvater ist. Ich kann das denunzieren, wie es manche tun. Aber dann gehe ich an den legitimen Bedürfnissen vorbei, die man nicht mit Kritik, sondern nur durch das Erlernen einer alltäglichen demokratischen Praxis überwinden kann.

HK: Vieles an neuen politischen Strukturen und Institutionen in Ostdeutschland wurde aus Westdeutschland übernommen. Ist dadurch auf lange Sicht eine nachhaltige Distanz gegenüber diesen Strukturen vorprogrammiert oder sind auch dies Übergangsphänomene, die sich schon bald verlieren werden?

Thierse: Zunächst muß man das ernüchternde Faktum mitteilen, daß sich die Parteien, aber auch die großen Institutionen wie die Gewerkschaften, Sportverbände, Kirchen auch in Ostdeutschland in einer sehr schwierigen Situation befinden. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften nehmen dramatisch ab, die Kirchaustritte gehen weiter, die politischen Parteien haben außerordentliche Schwierigkeiten, Mitglieder zu gewinnen. PDS, CDU und FDP nehmen an Mitgliedern ab, Bündnis 90 stagniert bei 3000 in ganz Ostdeutschland und die SPD ist inzwischen bei 30000 angekommen, sie wächst nur minimal, viel zu langsam. Allzu viele Demokraten in einem tätigen Sinne gibt es nicht.

HK: In diesem Zusammenhang ist oft von den praktischen Schwierigkeiten beim Parteaufbau u. ä. die Rede. Wie lange wird man diese Erklärung als Entschuldigung gebrauchen können?

Thierse: Die Übertragung von Strukturen und Parteiorganisationen aus dem westlichen Deutschland in Ostdeutschland stößt auf erhebliche praktische Schwierigkeiten. Mühselige Anfangsschwierigkeiten sind nicht überwunden. Die lassen sich alle erklären. Aber die erklären nicht das Grundproblem des mangelnden demokratischen Engagements, der mangelnden demokratischen Begeisterung. Ich denke, daß wir da einen ganz mühseligen und langwierigen Prozeß vor uns haben. Man macht es sich zu einfach, wenn man den Parteien Vorwürfe macht. Es trifft alle, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Da nimmt die ehemalige DDR an einem soziologischen Entwicklungsprozeß teil, der die bürgerlichen Gesellschaften in Europa insgesamt trifft.

„Die Ostdeutschen haben gute Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht“

HK: Trotz historisch sehr unterschiedlicher Ausgangsbedingungen sind die faktischen Schwierigkeiten politischer und gesellschaftlicher Institutionen in Ost und West also gar nicht so verschieden. Stellen sich die Probleme zunehmend in einem gesamtdeutschen Rahmen?

Thierse: Man muß die Probleme gesamtdeutsch angehen und dabei den ostdeutschen Akzent finden. Wir brauchen eine Modernisierung und Vitalisierung der Parteiendemokratie – etwa durch mehr Instrumente der direkten Bürgerbeteiligung. Allerdings gehört es zu den großen Enttäuschungen der letzten Jahre, daß es nicht gelungen ist, eine Verfassungsreform durchzusetzen. Grundsätzliche Änderungen des Grundgesetzes sind am Widerstand der Konservativen, namentlich von CDU und CSU gescheitert. Die SPD hat den Versuch unternommen, Formen direkter Bürgerbeteiligung in das Grundgesetz hineinzuschreiben. Das ist verhindert worden. Das ist auch deshalb eine Enttäuschung, weil ja die Ostdeutschen in der Übergangszeit gute Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht haben.

HK: Erinnert der Ruf in Ostdeutschland nach mehr direkter politischer Beteiligung nicht in mancherlei Hinsicht an die „runden Tische“: Daß nämlich zu wenig unterschieden wird zwischen dem, was in Übergangssituationen sinnvoll sein mag, in Zeiten parlamentarischer Normalität aber anders zu beurteilen ist?

Thierse: Das sehe ich nicht so. Für direkte Bürgerbeteiligung, also für die Möglichkeit, sich unmittelbar für bestimmte Fragen einzusetzen, mitzureden, mitzuentcheiden, dafür muß man in der Demokratie entsprechende klare Regeln finden: Plebiszite, Volksinitiative, Volksbefragung, Volksentscheid – das sind solche klaren Regeln. Der „runde Tisch“ war ein spontanes „Man-setzt-sich-zusammen.“

HK: Welche weiteren Schritte zur Modernisierung der Parteienlandschaft gleichermaßen für West wie für Ost könnten Sie sich vorstellen?

Thierse: Wir brauchen eine Öffnung der Parteien für „Gastmitgliedschaft“, um es einmal mit einem Hilfsbegriff zu bezeichnen, zeitweilige Mitgliedschaften, Engagement von Bürgern, die sich nicht mit Haut und Haaren in eine solche politische Gemeinschaft begeben wollen, die aber partielle Ziele mitverfolgen oder ein bestimmtes Thema bei dieser Partei aufgehoben wissen und deswegen mitarbeiten. Wir brauchen eine Öffnung der Parteien für Nicht-Mitglieder, eine Verlebendigung auch des Lebens von Parteien. Ich übertreibe ja nur leicht, wenn ich sage: Nichts ist langweiliger als eine normale Sitzung bei einer normalen Parteiversammlung. Da gibt es erstorbene Rituale, eine Binnenbeschäftigung der Mitglieder mit dem Innenleben der Parteien, mit den Karrieren, mit Auseinandersetzungen in den Parteien.

HK: Inwieweit erklären sich Unterlegenheitsgefühle und -erfahrungen seitens der Ostdeutschen immer auch noch durch das Nichtbeherrschen der im politischen Raum üblichen Sprache?

Thierse: Die Ostdeutschen sind, das wird mir immer deutlicher, gefährdeter als die Westdeutschen durch den Zynismus, die Häme und die Verlogenheiten in der politischen Sphäre, die im übrigen nicht nur auf das Konto der Politiker gehen, sondern ebenso auf das der Journalisten. Wenn ich mich freundlich ausdrücke, sage ich, daß die Ostdeutschen argloser sind als die Westdeutschen. Sie haben noch nicht in gleicher Weise Konkurrenzverhalten gelernt, den Einsatz der Ellenbogen, das Selbstdarstellungsvermögen als einen Teil des Lebens in einer offenen Gesellschaft zu praktizieren.

„Die Kirche sollte in einem Spannungsverhältnis zu Staat und Parteien stehen“

HK: Zu den besonderen Erscheinungen der Gestaltung des politischen Übergangs von der ehemaligen DDR zum Beitritt zur Bundesrepublik gehörte eine unverhältnismäßig große Beteiligung von Menschen aus den Kirchen. Wie wird es demgegenüber in Zukunft um das gesellschaftliche Gewicht der Kirchen in den neuen Bundesländern bestellt sein?

Thierse: Das hat erheblich abgenommen. In der Übergangsphase haben Christen eine außerordentlich große Rolle gespielt, weil die Kirchen zu DDR-Zeiten fast die einzigen Freiräume boten, in denen sich so etwas wie eine demokratische und intellektuelle Gegenkultur ausbilden konnte. Deswegen kam der Aufbruch zu einem großen Teil aus den Kirchen, wurde getragen von Pastoren und anderen Christenmenschen, viele Versammlungen fanden in den Kirchen statt, „Freiräume“ im wörtlichen Sinn, Räume der Initiation

von Demokratie und Aufbruch. Das hat sich inzwischen normalisiert, weil es Parteien gibt, öffentliche Institutionen, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und die Kirche wieder jene Institution ist, die sie ist, eine Institution, die in diesem Umbruch selber ihren Ort und ihre eigene Rolle neu definieren und finden muß, was nicht ganz leicht ist, nachdem sie innerhalb der DDR eine ganz außerordentliche Rolle gespielt hatte.

HK: Sehen Sie Erfahrungen, von denen Sie sich wünschen würden, daß sie das Handeln der Kirchen im gesellschaftlichen Raum auch weiterhin prägen sollten?

Thierse: Als erste würde ich die selbstverständliche Ökumenizität der ostdeutschen Christen nennen. Zu meinen größten Besorgnissen gehört es, daß sich Tendenzen der Rekonfessionalisierung durchsetzen. Ich fände es schlimm, wenn dieses Kapital einer fundamentalen ökumenischen Erfahrung, die eine Offenheit und ein grundlegendes Zusammengehörigkeitsgefühl einschließt und manche lächerliche Konfessionsgrenze längst hinter sich gelassen hat, zerschlagen würde. Zweitens ist da die Selbstverständlichkeit zu nennen, mit der geistlich-religiöse Überzeugungen und soziale, gesellschaftliche und politische Einstellungen zusammengehören, weil sie zusammengebunden waren in der Art und Weise, wie man sich als Christ in der Einheit seines eigenen Lebens bewähren mußte. Der eigenartige ostdeutsche Moralismus rührt daher, daß christliche Existenz in der DDR durchzuhalten hieß, eine Folge ständiger kleinerer oder größerer Entscheidungen zu fällen: Wozu sage ich Nein, wozu sagen ich Ja? Was man an religiösen Überzeugungen erworben hatte, mußte man in Entscheidungen übersetzen, die auch sozialer und politischer Natur waren. Dieser Zusammenhang gehört mit zu den biographischen Voraussetzungen des Aufbruchs so vieler Christenmenschen in die Politik. Und nun gilt es, diesen Zusammenhang nicht wieder aufzusprengen in jene eigentümlichen Separierungen der bürgerlichen Gesellschaft...

HK: Hinter die Sie aber doch beim besten Willen nicht zurückfallen können wollen...

Thierse: Ich weiß, daß diese Unterscheidungen nicht zurückzunehmen sind. Wir haben es mit einer säkularen Gesellschaft zu tun, die arbeitsteilig agiert, bei der man das eine nicht mit dem anderen durcheinanderbringen darf. Dennoch glaube ich, daß die reflektierte Einheit von Lebenszusammenhängen – also die Tatsache, daß ich nicht an der einen Stelle moralisch und christlich agiere und an einer anderen einfach nur säkular – ein Kapital ist, das reflektiert und in der Reflexion durchgehalten werden mußte.

HK: In bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche, siehe Militäraseelsorge und andere Fragen, erweisen sich die unterschiedlichen Vorverständnisse in Ost und West als entscheidend. Inwieweit wird sich die Haltung der Ostdeutschen angesichts eines demokratischen Staates wandeln und damit der westdeutschen Situation annähern?

Thierse: Die Christen in der ehemaligen DDR meinen, daß die Kirche immer in einem nicht unfreundlichen, aber doch erkennbaren Spannungsverhältnis zum Staat und zu den Parteien stehen sollte, das ihnen die Freiheit des Ja-Sagens und des Nein-Sagens ermöglicht, der Zustimmung und auch der Kritik. Aber auch den freien Mut, Grundwahrheiten immer wieder zu konkretisieren und auszusprechen, etwa wie es jetzt die Kirchen mit ihrem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland tun. Zu sagen, daß in dieser reichen Gesellschaft unendlich viel Armut herrscht. Daß die Arbeitslosigkeit nicht etwas ist, was man beiseite schieben kann, sondern eine Krankheit dieser Gesellschaft. Diesen Freimut zu verteidigen oder wieder neu zu gewinnen gegenüber parteipolitischen Bindungen, bürgerlichen Gewöhnungen, Verfettungen dieser Kirche, das ist auch etwas, das in der Tradition der Christen in der ehemaligen DDR liegt.

HK: Neben der prinzipiellen Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche haben die Unterschiede zwischen Ost und West mindestens so viel mit der Frage zu tun, welche Regelungen und Modelle man letztlich für das künftige Gesamtdeutschland am geeignetsten hält ...

Thierse: Es geht nicht an, wenn in Westdeutschland großmütig gesagt wird: Das ist durch die DDR-Erfahrung geprägt. Das müssen die noch lernen. Die werden schon begreifen, wie schön und bequem und gut im Westen das

alles geregelt ist. Die Authentizität und die Eigenständigkeit einer anderen Erfahrung wird so nicht respektiert. Ist in der Erfahrung der Ostdeutschen nicht mindestens gleichviel christliches Zeugnis enthalten? Eine gleich große Nähe zur Botschaft des Evangeliums und ihren Konsequenzen? Wenn nicht sogar mehr, eine radikalere Nähe? Weil diese Überzeugungen in einer viel mühseligeren Folge von Entscheidungsprozessen erfochten worden sind? Die Richtung muß nicht immer die gleiche sein, nämlich Ost gleicht sich West an, sondern die zukünftige Form liegt noch vor uns und das, was im Osten praktiziert und gedacht worden ist, muß neue Beachtung finden und kann etwas Positives sein.

HK: Das würde aber immerhin voraussetzen, daß man in einem sehr praktischen Sinn erkennt, daß die Lage im Westen nicht einfachhin das Ende der Geschichte ist ...

Thierse: Das ist eine jener Selbstverständlichkeiten, für die man leider immer wieder kämpfen muß. Bisher ist der Prozeß der Wiedervereinigung zu 99 Prozent so abgelaufen: Der Westen bietet die Norm, nach der der Osten sich zu richten hat. Das ist eine der grundlegenden Erfahrungen vieler Ostdeutschen, die zu ihren Entwertungsgefühlen führen. Sie haben ja gar keine Chance, als Gleichberechtigte mitzuwirken. Gleichberechtigte sein hieße, daß auch ihre Erfahrungen biographischer, beruflicher, sozialer, moralisch-kultureller Art zählen.

Hilfen zur verantworteten Entscheidung

Erfahrungen mit der Schwangerschaftskonfliktberatung

Mit dem Zusammentreffen des neuen Bundestages ging auch das parlamentarische Ringen um die Novellierung des Abtreibungsstrafrechts in eine neue Runde. Im Mittelpunkt der künftigen Debatte wird wiederum das Beratungskonzept stehen, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1993 (vgl. HK, Juli 1993, 339 ff.) festgeschrieben hat. Anneliese Ullrich, langjährige Mitarbeiterin beim Sozialdienst Katholischer Frauen, skizziert den Streit um die Beratung aus der Sicht der Beratungsstellen.

Nachdem die §218-Neuregelung in der vergangenen Legislaturperiode bis in den Vermittlungsausschuß hinein gescheitert ist, wird auch der im Oktober 1994 neugewählte Bundestag dieses Thema auf der Tagesordnung haben. Meinungsverschiedenheiten gab es u. a. zur *Finanzierung von straffreien rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüchen*; zu den Strafmaßnahmen im Falle *verweigerter Hilfeleistung* bzw. *Nötigung* zum Schwangerschaftsabbruch; vor allem aber zur Beratung. Eine sachliche Auseinandersetzung zu den hier anstehenden Fragen scheint unerläßlich: im Hinblick auf weitere Diskussionen und künftige Änderungs- bzw. Neuregelungsvorschläge, aber auch zur Aufklärung in der Bevölkerung, bei Ratsuchenden, Ärzten und bei Beratern.

Den Reformbestrebungen zum § 218 StGB lag seit den siebziger Jahren zunehmend die Erkenntnis zugrunde, daß Schwangerschaftsabbrüche überwiegend aus *sozialen Notlagen* und *persönlichen Konflikten* heraus erfolgen, so daß die hohe Zahl der Abtreibungen eher durch *Bewältigung ihrer Ursachen* zu reduzieren sei als über den Weg der *Strafandrohung*. Der sogenannte Alternativentwurf von 16 deutschen und schweizerischen Rechtsprofessoren sah bereits 1970 die Einführung einer verpflichtenden Beratung und die Einrichtung von Beratungsstellen vor, um „Schwangere durch Beratung und Hilfe zur Austragung des Kindes zu motivieren“ (C. Roxin in Franz Böckle [Hg.], Schwangerschaftsabbruch als individuelles und gesellschaftliches Problem, Düsseldorf 1981).